Umweltsünden statt Klimaschutz: Systematische Vermüllung an Windpark-Zufahrten wirft Fragen zur behördlichen Kontrolle auf

Wenn grüne Versprechen auf schmutzige Realität treffen

Grüne Versprechen, schmutzige Realität: Entlang der Zufahrtswege zum sogenannten „Windpark bei Neufahrn“ und bei

Martinsbuch offenbart sich ein Bild systematischer Nachlässigkeit, das die Glaubwürdigkeit der gesamten Energiewende-Rhetorik in Frage stellt. Kunststoffreste, Folienreste, Dämmstofffragmente und Metallteile säumen kilometerlange Waldwege – ausgerechnet dort, wo vorbildlicher Umweltschutz praktiziert werden sollte.

Die Ironie könnte größer nicht sein: Projekte, die als Beitrag zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit beworben werden, hinterlassen eine Spur der Umweltzerstörung, die jeden Nachhaltigkeitsbericht zur Makulatur macht. Was hier sichtbar wird, ist mehr als nur ein ästhetischer Makel oder ein bedauerlicher Einzelfall – es ist der sichtbare, dokumentierte Beweis für das systematische Versagen von Kontrolle, Verantwortung und behördlicher Aufsicht.

Das perfide System der Verantwortungslosigkeit

Besonders perfide: Während kleine Handwerker bei der geringsten Unordnung auf der Baustelle sofort zur Rechenschaft gezogen werden, scheinen Großprojekte der Energiewende unter einem besonderen Schutzschild zu stehen. Als ob der noble Zweck – Klimaschutz – alle Mittel heiligen würde. Als ob Nachhaltigkeit bedeutete, heute den Wald zu vermüllen, um morgen das Klima zu retten.

Diese Doppelmoral durchzieht das gesamte System: Von den Planungsbehörden, die großzügig wegschauen, über die Bauunternehmen, die Kostenoptimierung über Umweltschutz stellen, bis hin zu den Auftraggebern, die sich mit Nachhaltigkeitsbroschüren schmücken, während ihre Baustellen eine Schneise der Verwüstung hinterlassen.

Windpark bei Neufahrn: Eine Schneise der Nachlässigkeit

Die Dokumentation am „Windpark bei Neufahrn“ liest sich wie ein Lehrbuch für systematisches Umweltversagen. Über elf dokumentierte Fundstellen verteilt sich eine Kette der Nachlässigkeit, die das wahre Gesicht vermeintlich grüner Projekte enthüllt:

Fundstelle 1: Plastikfolienreste, vermutlich von Verpackungen oder Abdeckungen, großflächig im Unterholz verteilt. Die Fragmente haben bereits begonnen, sich in kleinste Teilchen aufzulösen – ein Prozess, der Jahrzehnte dauern wird und das Ökosystem nachhaltig schädigt.

Fundstelle 2: Dämmstofffragmente unterschiedlicher Größe, teilweise bereits von der Witterung zersetzt. Besonders problematisch: Diese Materialien können gesundheitsschädliche Fasern freisetzen, die sowohl für Wildtiere als auch für Erholungssuchende eine Gefahr darstellen.

Fundstelle 3: Metallteile, vermutlich Verschnitt von Bauarbeiten, achtlos in den Seitenstreifen entsorgt. Die scharfen Kanten stellen eine direkte Verletzungsgefahr für Wildtiere dar.

Martinsbuch: Wenn Einzelfälle zum System werden

Auch am Herman (V-Markt Betreiber) Windrad bei Martinsbuch (48.750121, 12.389939) das gleiche Bild: Was als bedauerlicher Einzelfall verkauft wird, entpuppt sich als Teil eines systematischen Problems. Die Fundstelle zeigt eine Mischung aus verschiedenen Abfallarten, die eines gemeinsam haben: Sie gehören nicht in den Wald.

Fundkoordinaten der Umweltsünden

„Windpark bei Neufahrn“ – Verschmutzungskette:

- 48.767030, 12.155314
- 48.766984, 12.153120
- 48.766909, 12.151685
- 48.764921, 12.149174
- 48.761129, 12.162542
- 48.759452, 12.160997
- 48.754208, 12.160819
- 48.752881, 12.158283
- 48.751576, 12.158027
- 48.751250, 12.157771
- 48.751231, 12.173587

Martinsbuch („Herman“-Windrad):

- 48.750121, 12.389939

Die unsichtbaren Schäden: Was nicht dokumentiert werden kann

Noch problematischer als die sichtbaren Abfälle sind die unsichtbaren Schäden: Mikroplastik, das bereits in den Boden eingedrungen ist. Schadstoffe, die bei der Zersetzung der Materialien freigesetzt werden. Bodenversiegelung durch achtlos abgestellte Baumaschinen. Verdichtung empfindlicher Waldböden durch schwere Transporte auf nicht dafür ausgelegten Wegen.

Diese Schäden lassen sich nicht einfach „wegräumen“ – sie werden das Ökosystem über Jahre und Jahrzehnte belasten. Ein Kollateralschaden, der in keiner Umweltverträglichkeitsprüfung auftaucht, weil er erst nach Projektabschluss sichtbar wird.

Konkrete Forderungen: Keine Kompromisse mehr

Sofortmaßnahmen: Was jetzt passieren muss

Die dokumentierte Sachlage erfordert nicht nur Konsequenzen – sie schreit nach ihnen. Hier geht es nicht um Verhandlungen oder Kompromisse. Hier geht es um die Durchsetzung geltendem Rechts und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

1. Vollständige Bestandsaufnahme und Räumung Nicht irgendwann – jetzt: Alle dokumentierten Fundstellen müssen binnen 14 Tagen restlos geräumt werden. Mit vollständiger Dokumentation durch unabhängige Gutachter, lückenloser Fotodokumentation vor, während und nach der Räumung sowie rechtsgültigen Entsorgungsnachweisen für jede einzelne Materialart. Keine Alibiveranstaltung: Die Räumung muss fachgerecht erfolgen, nicht durch schnelles „Wegkehren“ oder oberflächliches Sammeln. Auch bereits fragmentierte Materialien müssen soweit möglich aus dem Ökosystem entfernt werden.
2. Behördliche Vollkontrolle mit Konsequenzen Gemeinsame Task Force: Eine sofortige gemeinsame Begehung aller zuständigen Behörden – Naturschutz, Forst, Bauaufsicht, Umweltamt – ist nicht nur wünschenswert, sondern rechtlich geboten. Diese Begehung muss binnen 7 Tagen nach Bekanntwerden der Dokumentation erfolgen. Öffentliches Protokoll: Das Ergebnis muss in einem öffentlich zugänglichen Protokoll mit konkreten Fristen, Maßnahmen und Verantwortlichkeiten münden. Keine internen Abstimmungen hinter verschlossenen Türen, sondern transparente, nachprüfbare Aufarbeitung. Persönliche Haftung: Die verantwortlichen Behördenvertreter müssen mit ihrer Unterschrift und ihrem Namen für die Umsetzung der Maßnahmen einstehen. Anonyme Zusagen reichen nicht mehr.

3. Sofortiger Baustopp: Lernen durch Schmerz Alle Arbeiten stoppen: Weitere Bau-, Transport- und Logistikarbeiten müssen sofort gestoppt werden, bis alle dokumentierten Mängel beseitigt sind und ein wasserdichtes Kontrollregime etabliert wurde. Wer nicht sauber arbeiten kann, darf nicht weiterarbeiten. Tägliche Kontrollen: Nach Wiederaufnahme der Arbeiten sind tägliche, unangekündigte Kontrollen durch behördliche Vertreter verpflichtend einzuführen. Die Kosten trägt der Verursacher. Empfindliche Strafen: Vertragsstrafen bei weiteren Verstößen müssen so hoch angesetzt werden, dass Nachlässigkeit teurer wird als Sorgfalt. Ein System, das Pfusch billiger macht als ordentliche Arbeit, ist ein System, das Pfusch fördert.
4. Auflagenverschärfung: Schluss mit dem Schwarzen-Peter-Spiel Glasklare Verantwortlichkeiten: Die Genehmigungsauflagen müssen nachgeschärft werden. Keine schwammigen Formulierungen mehr, keine Möglichkeiten, Verantwortung zwischen Hauptauftragnehmer, Subunternehmen und Sub-Subunternehmen hin- und herzuschieben. Engmaschige Kontrollen: Wöchentliche Berichtspflicht über alle verwendeten Materialien, deren Transport und Entsorgung. Monatliche Vor-Ort-Kontrollen durch unabhängige Sachverständige. Halbjährliche öffentliche Berichte über den Zustand aller Zufahrtswege und Arbeitsflächen.
5. Radikale Transparenz: Schluss mit dem Amtsgeheimnis Alles auf den Tisch: Sämtliche Genehmigungsauflagen, Eingriffs- und Ausgleichskonzepte, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Kontrollberichte und Mängelmeldungen gehören vollständig und ungekürzt auf die Webseiten der zuständigen Behörden. Bürgerrecht auf Information: Bürger haben das Recht zu erfahren, was in ihrem Namen, auf ihrem Grund und Boden und mit ihren Steuergeldern genehmigt wird. Informationsfreiheit ist kein Gnadenakt der Verwaltung, sondern ein Grundrecht.

Die rechtliche Dimension: Wenn Gesetze zur Makulatur werden

Kreislaufwirtschaftsgesetz: Klare Regeln, schwache Durchsetzung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) kennt keine Ausnahmen für vermeintlich klimafreundliche Projekte. § 7 KrWG verpflichtet jeden Abfallerzeuger zur ordnungsgemäßen Sammlung, Beförderung und Entsorgung seiner Abfälle. § 69 KrWG sieht für Verstöße Bußgelder bis zu 100.000 Euro vor – pro Verstoß, wohlgemerkt.

Die Realität: Diese Bestimmungen werden bei Windkraftprojekten systematisch ignoriert. Als ob der noble Zweck – Klimaschutz – alle Mittel heiligen würde. Als ob Gesetze nur für die kleinen Leute gelten würden.

Der Skandal: Während ein Handwerker, der eine Zigarettenstummel achtlos wegwirft, sofort belangt wird, können Millionen-Projekte der Energiewende offenbar tonnenweise Müll in der Landschaft verteilen, ohne dass jemand einschreitet.

Bayerisches Naturschutzgesetz: Papier ist geduldig

Art. 23 des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) verbietet ausdrücklich „Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft“. Art. 57 BayNatSchG sieht für Verstöße Bußgelder bis zu 50.000 Euro vor.

Die Perversion: Vermüllte Waldwege werden von den zuständigen Behörden nicht als „Beeinträchtigung“ gewertet, sondern als „unvermeidbare Begleiterscheinung“ verharmlost. Ein Waldbesitzer, der seine Fläche so behandeln würde, bekäme sofort Besuch vom Amt.

Bayerisches Waldgesetz: Der Wald als Verfügungsmasse

Das Bayerische Waldgesetz (BayWaldG) stellt in Art. 1 die Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion des Waldes unter besonderen Schutz. Art. 13 BayWaldG regelt die Benutzung von Waldwegen ausdrücklich und eng.

Die Praxis: Waldwege werden zu Industrie-Umschlagplätzen umfunktioniert, ohne dass die besonderen Schutzbestimmungen für den Wald beachtet werden. Schwere Transporte verdichten empfindliche Waldböden, Materialverluste vergiften das Ökosystem, Lärm und Erschütterung vertreiben die Tierwelt.

Eingriffs-/Ausgleichsregelung: Greenwashing mit System

Die bayerische Eingriffs-/Ausgleichsregelung predigt seit Jahren „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“. Der offizielle Leitfaden ist voller schöner Worte über Vermeidung, Minderung und Ausgleich.

Die Wahrheit: Eine zufahrtsbegleitende Plastikspur passt zu diesem „Einklang“ wie eine Motorsäge zum Vogelschutzgebiet. Wer ernsthaft von Einklang spricht, muss proaktiv aufräumen und vorsorgen, damit gar nichts erst im Wald landet.

RIEMAU
80

UVP-Pflicht: Wenn Prüfungen zur Farce werden

Bei größeren Windenergievorhaben greifen nach Anlage 1 UVPG Pflichten zur Umweltverträglichkeitsprüfung oder zumindest zur Vorprüfung des Einzelfalls. Diese Prüfungen sollen sicherstellen, dass alle Umweltauswirkungen erkannt, bewertet und minimiert werden.

Der Offenbarungseid: Wenn schon bei der simplen Disziplin „Abfalllogistik“ so eklatant versagt wird, stellt sich die Frage: Mit welcher Gründlichkeit werden die komplexeren Prüfaufgaben wie Artenschutz, Lärmschutz oder Landschaftsbild abgearbeitet?

Wenn ein Projekt nicht einmal in der Lage ist, seinen eigenen Müll ordentlich zu entsorgen, welche Glaubwürdigkeit haben dann die aufwendigen Gutachten über Fledermausschutz oder Vogelzug? Nachweise statt Narrative – darauf kommt es an.

Die ökologischen Folgen: Schäden für Generationen

Mikroplastik: Die unsichtbare Zeitbombe

Die sichtbaren Abfälle sind nur die Spitze des Eisbergs. Viel problematischer sind die unsichtbaren Folgen: Kunststoffe zerfallen unter Witterungseinflüssen in immer kleinere Fragmente, bis sie als Mikroplastik in die Nahrungskette gelangen.

Der Teufelskreis: Diese Mikroplastikpartikel werden von Bodenorganismen aufgenommen, gelangen über Pflanzen in Pflanzenfresser und von dort in Fleischfresser. Am Ende der Nahrungskette steht der Mensch – und konsumiert das Mikroplastik aus „seinen“ nachhaltigen Energieprojekten.

Die Zeitdimension: Während die Windräder nach 20-25 Jahren wieder abgebaut werden, verbleibt das Mikroplastik für Jahrhunderte im Ökosystem. Eine Hypothek auf die Zukunft, die in keiner Klimabilanz auftaucht.

Bodenversiegelung und Verdichtung: Schleichender Tod des Waldbodens

Waldböden sind über Jahrhunderte oder Jahrtausende gewachsene, hochkomplexe Ökosysteme. Ihre Struktur ist darauf angewiesen, dass Wasser, Luft und Nährstoffe frei zirkulieren können.

Die Zerstörung: Schwere Transporte verdichten diese empfindlichen Böden irreversibel. Das Porensystem kollabiert, Wasser kann nicht mehr versickern, Luftaustausch findet nicht mehr statt. Der Boden stirbt – und mit ihm alle Organismen, die von ihm leben.

Die Folgen: Verdichtete Böden können ihrer Funktion als Wasserspeicher und CO_2-Senke nicht mehr nachkommen. Ausgerechnet Klimaschutzprojekte zerstören damit eine der wichtigsten natürlichen Klimaschutzfunktionen.

Fragmentierung von Lebensräumen: Zerschneidung der Wildnis

Waldwege sind für viele Wildtiere natürliche Barrieren. Werden sie zu Industriestraßen ausgebaut und mit Müll gesäumt, wirken sie wie unüberwindbare Grenzen.

Die Isolation: Populationen werden isoliert, Genaustausch wird verhindert, lokale Inzucht programmiert. Besonders bedrohte Arten, die ohnehin nur noch in kleinen Restpopulationen vorkommen, werden so zusätzlich gefährdet.

Der Dominoeffekt: Das Verschwinden einer Art löst Kettenreaktionen aus, die das gesamte Ökosystem destabilisieren können. Ein Windpark mag klimafreundlich sein

– aber ein toter Wald speichert kein CO_2 mehr.

Behördliches Versagen: Wenn Kontrolleure wegsehen

Die Untere Naturschutzbehörde: Schutz durch Wegsehen?

Die Untere Naturschutzbehörde des Landratsamts Straubing-Bogen ist nach bayerischem Recht die zuständige Vollzugsbehörde für den Naturschutz vor Ort. Ihre Aufgabe ist es, Verstöße gegen das Naturschutzrecht zu ahnden und die Beseitigung von Beeinträchtigungen durchzusetzen.

Die Realität: Monatelang dokumentierte Verstöße werden ignoriert oder verharmlost. Statt energisch durchzugreifen, werden Ausreden gesucht: „Das ist nur vorübergehend“, „Das wird noch aufgeräumt“, „Das ist unvermeidbar“.

Die Frage: Warum versagen die Behörden bei Windkraftprojekten so offensichtlich? Liegt es an politischem Druck von oben? An mangelnder Ausstattung? Oder an einer ideologischen Verblendung, die Windkraft grundsätzlich für gut hält – unabhängig von den konkreten Umweltschäden?

Die Bauaufsicht: Genehmigen und vergessen?

Die Bauaufsichtsbehörde erteilt die Genehmigungen – und ist damit auch für deren Durchsetzung verantwortlich. Genehmigungen mit Auflagen sind kein Freibrief, sondern ein Vertrag mit Pflichten.

Das Versagen: Nach der Genehmigungserteilung scheint die Bauaufsicht ihre Aufgabe als erledigt zu betrachten. Kontrollen finden sporadisch oder gar nicht statt. Verstöße gegen Auflagen haben keine Konsequenzen.

Die Konsequenz: Bauherren lernen schnell: Auflagen kann man ignorieren, solange niemand kontrolliert. Ein System, das Verantwortungslosigkeit belohnt, züchtet Verantwortungslosigkeit.

Die Forstbehörde: Der Wald als Verfügungsmasse

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Straubing ist für den Schutz der Waldfunktionen zuständig. Dazu gehört auch der Schutz vor Beeinträchtigungen durch Dritte.

Die Untätigkeit: Offensichtliche Schäden am Wald und an Waldwegen werden nicht geahndet. Als ob Wald nur dann schützenswert wäre, wenn er nicht für die Energiewende gebraucht wird.

Die Polizei: Ordnungswidrigkeiten sind auch Straftaten

Umweltdelikte sind Straftaten – auch wenn sie von vermeintlich guten Projekten begangen werden. Die Polizei ist verpflichtet, entsprechende Anzeigen aufzunehmen und zu verfolgen.

Die Praxis: Anzeigen wegen Umweltdelikten im Zusammenhang mit Windkraftprojekten verschwinden oft in bürokratischen Mühlen oder werden nicht ernst genommen. Als ob Gesetze nur für die kleinen Leute gelten würden.

Was Bürger tun können: Selbsthilfe ist Bürgerpflicht

Dokumentation: Die Waffe der Wahrheit

Wenn Behörden wegschauen, müssen Bürger hinsehen. Wenn offizielle Stellen untätig bleiben, müssen Betroffene aktiv

werden. Das ist nicht nur ein Recht – es ist eine Pflicht gegenüber nachkommenden Generationen.

Professionelle Beweisführung

Fotografische Dokumentation: Machen Sie Übersichts- und Detailfotos jeder Fundstelle. Fotografieren Sie aus mehreren Blickwinkeln, um die Lage und das Ausmaß der Verschmutzung zu dokumentieren. Verwenden Sie eine Digitalkamera oder ein Smartphone mit GPS-Funktion, damit die Koordinaten automatisch gespeichert werden.

Datum und Uhrzeit: Stellen Sie sicher, dass jedes Foto mit Datum und Uhrzeit versehen ist. Aktivieren Sie die entsprechende Funktion in Ihrer Kamera oder Ihrem Smartphone.

Koordinaten notieren: Notieren Sie die exakten GPS-Koordinaten jeder Fundstelle. Verwenden Sie dazu Apps wie „GPS Essentials“ oder „What3Words“. Notieren Sie zusätzlich eine Wegbeschreibung („20 m südlich der Weggabelung am Hochstand“).

Videodokumentation: Machen Sie zusätzlich einen ruhigen Videowalk der betroffenen Strecken. Gehen Sie langsam, schwenken Sie die Kamera ruhig und kommentieren Sie dabei, was Sie sehen. Videos zeigen das Ausmaß der Verschmutzung oft besser als Einzelfotos.

Systematische Archivierung: Legen Sie für jede Fundstelle einen eigenen Ordner an (z.B. „2025-08-15_Neufahrn_Fundstelle-01“). Speichern Sie dort alle Fotos, Videos und Notizen systematisch ab.

Rechtssichere Meldungen

Schriftlich melden: Melden Sie jeden Fund schriftlich an alle zuständigen Behörden. Eine E-Mail reicht, aber bitten Sie um Eingangsbestätigung. Senden Sie Kopien an:

- Untere Naturschutzbehörde des Landratsamts
- Bauaufsichtsamt des Landratsamts
- AELF (Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)
- Bei akuten Fällen auch an die örtliche Polizei

Konkrete Forderungen: Formulieren Sie konkret, was Sie erwarten: „Ich fordere die sofortige Räumung der dokumentierten Abfälle, eine Bestätigung der ordnungsgemäßen Entsorgung und Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Verschmutzung bis zum [Datum].“

Fristen setzen: Setzen Sie klare Fristen für Antwort (14 Tage) und Maßnahmen (30 Tage). Kündigen Sie an, was Sie bei Untätigkeit unternehmen werden.

Rechtliche Schritte: Wenn Bitten nicht helfen

Widerspruch und Anfechtung

Genehmigungen anfechten: Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Genehmigungen rechtswidrig erteilt wurden, können Sie innerhalb von vier Wochen Widerspruch einlegen. Lassen Sie sich dabei von einem Fachanwalt für Verwaltungsrecht beraten.

Nebenbestimmungen durchsetzen: Genehmigungen enthalten meist Nebenbestimmungen (Auflagen). Deren Nichteinhaltung können Sie als Bürger anzeigen und deren Durchsetzung verlangen.

Strafanzeige und Ordnungswidrigkeitenverfahren

Strafanzeige stellen: Umweltdelikte sind Straftaten. Stellen Sie bei der Staatsanwaltschaft oder der örtlichen Polizei Strafanzeige gegen die Verantwortlichen. Auch wenn die Erfolgsaussichten gering sind – jede Anzeige schafft Druck.

Ordnungswidrigkeitenanzeige: Verstöße gegen Umweltgesetze sind meist Ordnungswidrigkeiten. Diese können von den Behörden mit

empfindlichen Bußgeldern geahndet werden – wenn sie wollen.

Zivilrechtliche Ansprüche

Unterlassung fordern: Als Anwohner oder Betroffener können Sie zivilrechtlich die Unterlassung weiterer Verschmutzung fordern.

Beseitigung verlangen: Sie können auch die Beseitigung bereits vorhandener Verschmutzungen auf Kosten des Verursachers verlangen.

Quellen/Belege:

Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), § 69 Bußgeldvorschriften – *Gesetze im Internet* (BMJ). Gesetze im Internet

Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG), Art. 57 Ordnungswidrigkeiten – *gesetze-bayern.de* (aktuelle Fassung ab 1. Aug. 2025). Gesetze Bayern

Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) – *gesetze-bayern.de* (Zwecke/Waldfunktionen; letzte Änderung 23. Dez. 2024). Gesetze Bayern

Eingriffs-/Ausgleichsregelung: „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“ – Infoseite und Leitfaden des StMB (Bayern). Bayerisches Ministerium für Wohnen+1

LfU Bayern – Zentrale Stelle Abfallüberwachung (Aufgaben & Ansprechpartner). LfU Bayern+1

UVPG Anlage 1 (Liste UVP-pflichtiger Vorhaben) – *Gesetze im Internet*; ergänzend Fachagentur Wind und Solar (Kurzinfos/Schwellen). Gesetze im InternetFachagentur Wind & Solar

Waldrecht (allg. Überblick zu Waldfunktionen) – Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und

Tourismus (Bayern). waldbesitzer-portal.bayern.de

Blühflächen statt Wald? – Hubert Aiwanger verharmlost Naturzerstörung für Windkraft

Ein kritischer Kommentar zur Diskussion um den Windpark Sülzert und Bayerns planlose Energiewende.

Die Energiewende braucht Tempo – doch wie sie umgesetzt wird, entscheidet über ihre Akzeptanz. Der geplante Windpark im Waldgebiet „Sülzert“ an der Grenze zwischen Bayern und Hessen wird zum Sinnbild einer kopflosen Politik. Hubert Aiwanger, Bayerns Wirtschaftsminister und Chef der Freien Wähler, zeigt dabei einmal mehr, wie man mit Halbwahrheiten und Holzhammerrhetorik an der Lebensrealität der Menschen vorbeiregiert.

Der Wald als Kollateralschaden

Acht Windräder, jedes bis zu 170 Meter hoch, sollen in einem gesunden Mischwald entstehen – einem sogenannten „Klimawald“. Der Begriff ist kein PR-Gag, sondern beschreibt Wälder mit hoher Artenvielfalt und stabiler Struktur, die auch zukünftige Klimabedingungen überstehen können. Genau solche Wälder will man andernorts mit Millionenaufwand pflanzen – in Alzenau hingegen sollen sie für Windräder verschwinden.

Was sagt der Minister dazu? Hubert Aiwanger behauptet, Windräder würden kaum Wald zerstören. Es entstünden nur kleine Lichtungen, die ökologisch sogar *wertvoller* seien – schließlich blühten dort „Disteln und Schmetterlinge“. Die

Idee: Aus Fällung wird Förderung. Aus Waldverlust wird Biodiversitätsgewinn. Man könnte fast meinen, Aiwanger hält Motorsägen für Naturschutzgeräte.

Diese Argumentation ist brandgefährlich. Sie ist nicht nur zynisch, sondern ökologisch naiv. Ein funktionierender Wald ist weit mehr als die Summe seiner Blumen am Wegesrand. Er speichert Wasser, reguliert Temperatur, schützt vor Erosion – und ist in seiner Gesamtheit nicht durch ein paar bunte Blühstreifen ersetzbar.

Die Schönrechnerei der Standorte

„Warum im Wald?“ fragte ein Zuschauer während der Sendung. Aiwangers Antwort: „Weil die Dörfer in Bayern meist von Wald umgeben sind. Wenn man 1000 Meter Abstand hält, landet man eben im Wald.“ Diese These blendet aus, dass Bayern jahrzehntelang aktiv Windkraft verhindert hat – vor allem durch die sogenannte ehemalige *10H-Regel*, die riesige Abstandsflächen zu Siedlungen vorschreibt und damit Waldstandorte zur einzigen „Option“ macht.

Es war also politisch gewollt, dass Windkraft auf Freiflächen oder Industriebrachen fast unmöglich war. Und jetzt wird den Menschen gesagt: „Tja, jetzt bleibt halt nur noch der Wald.“ Aiwanger versucht, das Ergebnis dieser jahrelangen Verhinderungspolitik als „Alternativlosigkeit“ zu verkaufen – und viele durchschauen das.

Bürgernähe? Eher ein Monolog

Die Sendung „Jetzt red i“ lebt vom direkten Austausch mit Bürgern. Doch während sich die Menschen um die Zerstörung ihrer Heimat sorgen, begegnet Aiwanger ihnen mit gönnerhaftem „Fahrt halt mal dahin, wo’s schon Windräder gibt“ – als ob Erfahrung mit Lärm, Flächenversiegelung und Wertverlust von Immobilien schon Akzeptanz schaffen würde.

Ein junger Mann brachte es auf den Punkt: „Überall ja – aber nicht bei uns. Wie wollen Sie die Leute mitnehmen?“ Aiwangers Antwort? Ein Anekdötchen über Rehe und Hasen, die angeblich friedlich unter Windrädern leben. Konkrete Bürgerbeteiligung? Fehlanzeige. Stattdessen dominieren Ausreden und Ablenkungsmanöver.

Dabei ist Beteiligung der Schlüssel zur Energiewende. Was aber wirklich passiert, ist genau das Gegenteil: Bürger erfahren von Großprojekten meist erst, wenn alles entschieden ist. Wirtschaftlichkeitsrechnungen fehlen, Umweltgutachten werden spät offengelegt, Abstimmungen übergangen. Kein Wunder, dass Widerstand wächst.

Belastungsgrenze längst überschritten

Albstadt – ein Ort mit rund 1300 Einwohnern – soll bald umzingelt sein: Windpark im Wald, ein Solarpark mit 14 Hektar, ein zweiter Solarpark auf bayerischer Seite, dazu ein riesiges Umspannwerk. Insgesamt geht es um über 60 Hektar Fläche – das Vierfache der eigentlichen Ortsgröße. Und Aiwangers Antwort darauf: „In der Lausitz wurde ein ganzes Dorf weggebaggert – so schlimm ist es bei euch doch nicht.“

Diese Argumentation ist zynisch. Nach dem Motto „Es geht schlimmer“ wird das massive Missverhältnis von Eingriffen und Ortsgröße kleingeredet. Gleichzeitig ignoriert Aiwanger die Rolle seiner Partei, die noch 2021 das geplante Umspannwerk selbst abgelehnt hatte. Heute ist es plötzlich „alternativlos“.

Energiewende braucht Planung, nicht PR

Die Energiewende ist dringend – keine Frage. Aber sie braucht Ordnung, nicht Chaos. In Alzenau scheint genau das Gegenteil zu passieren: Parallelplanung privater Windparks, massive PV-Flächen ohne klare Netzanschlüsse, fehlende Wirtschaftlichkeitsstudien – und das alles auf dem Rücken

kleiner Gemeinden, die weder personell noch finanziell auf diese Last vorbereitet sind.

Und der Energieminister? Der schaut zu, wie Ort für Ort überfordert wird – solange irgendwo die CO_2-Bilanz sinkt. Bürgerbeteiligung, regionale Gerechtigkeit, kluge Raumordnung – all das kommt in Aiwangers Denken kaum vor. Dafür umso mehr Populismus, Pseudo-Öko-Romantik und billige Polemik.

Fazit: Aiwanger ist Teil des Problems, nicht der Lösung

Was Bayern braucht, ist eine Energiewende mit Herz, Hirn und Handschlagqualität. Was Hubert Aiwanger bietet, ist eine Mischung aus Holzweg und Schönfärberei. Er romantisiert Windräder im Wald, beschwichtigt Bürger mit Reh-Geschichten und drückt Infrastrukturprojekte durch, ohne die Regionen mitzunehmen.

Dabei zeigen Projekte wie das Nahwärmenetz in Bracht (Hessen), wie es gehen kann – lokal, partizipativ, nachhaltig. Doch dazu bräuchte es Politiker, die zuhören, vermitteln und ehrlich mit Chancen wie Belastungen umgehen. Hubert Aiwanger hat in Alzenau gezeigt, dass er dazu nicht bereit ist.

Zu viel des Guten – Warum der Stromüberschuss die Windkraft entlarvt

Die deutsche Energiewende wird oft als Vorbild für andere Länder gepriesen. Doch die Realität sieht ernüchternd aus: Immer häufiger produziert Deutschland mehr Strom, als tatsächlich gebraucht wird. Das Osterwochenende 2025 war ein Paradebeispiel. Während die Menschen die Feiertage genossen, lieferten Solaranlagen und Windräder Strom im Überfluss – so viel, dass der Marktpreis ins Negative rutschte. In der Praxis bedeutete das: Stromerzeuger mussten Geld zahlen, um ihren Strom loszuwerden. Ein absurder Zustand, der längst kein Einzelfall mehr ist. Laut Bundesnetzagentur gab es 2024 insgesamt 457 Stunden mit negativen Strompreisen. Das ursprüngliche Ziel, günstigen Strom für alle bereitzustellen, ist damit ins Gegenteil verkehrt.

Dieses Phänomen ist keineswegs auf Deutschland beschränkt. Auch Frankreich stand im April 2025 vor einem überlasteten Stromnetz. Der Netzbetreiber RTE sah sich gezwungen, einen selten genutzten Notfallmechanismus zu aktivieren und die Produktion erneuerbarer Energien zu drosseln, um das Netz zu stabilisieren. Solche Eingriffe sind teuer und zeigen, dass die Infrastruktur mit dem Tempo des Ausbaus nicht mithalten kann.

Das Fördersystem für Windkraftanlagen ist so konstruiert, dass

Betreiber auch dann Geld verdienen, wenn ihr Strom gar nicht gebraucht wird oder die Anlagen wegen Netzüberlastung abgeschaltet werden. Diese Praxis ist nicht auf Deutschland beschränkt. In den USA etwa werden Windparks bevorzugt in windreichen, aber dünn besiedelten Regionen gebaut, weil dort die Förderbedingungen besonders attraktiv sind. Der Strom muss dann über weite Strecken transportiert werden, was zu hohen Netzverlusten und zusätzlichen Kosten führt. In Texas kam es 2023 und 2024 mehrfach zu Situationen, in denen Windparks abgeregelt werden mussten, weil das Netz die Mengen nicht mehr aufnehmen konnte. Die Kosten für diese Maßnahmen landen letztlich beim Verbraucher, während die Betreiber weiterhin ihre garantierten Vergütungen erhalten.

In Deutschland ist das System besonders undurchsichtig: Die Umlagen für die Förderung erneuerbarer Energien sind in den letzten Jahren immer komplexer geworden. Während die Betreiber von Windkraftanlagen von stabilen Einnahmen profitieren, steigen die Strompreise für Haushalte und Unternehmen weiter an. Die soziale Schieflage wird dadurch verschärft, dass einkommensschwache Haushalte einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für Energie aufwenden müssen.

Ein zentrales Problem ist die geografische Verteilung der Windparks. In Deutschland wie auch in den USA und China entstehen die meisten Anlagen dort, wo der Wind am stärksten weht – oft weit entfernt von den großen Verbrauchszentren. Der Strom muss über Hunderte oder gar Tausende Kilometer transportiert werden. In China etwa sind laut Global Energy Monitor 2024 nur 55 Prozent der geplanten Wind- und Solarprojekte pünktlich ans Netz gegangen, weil der Ausbau der Übertragungsnetze nicht mit dem Bau der Anlagen Schritt hält. In anderen Ländern außerhalb der G7 und Chinas liegt die Quote sogar bei nur sieben Prozent. Projekte werden auf Eis gelegt, weil die Infrastruktur fehlt.

In Frankreich führte ein Überangebot an Solarstrom im April 2025 dazu, dass der Netzbetreiber gezwungen war, die

Produktion zu drosseln und einen teuren Notfallmechanismus zu aktivieren. Solche Maßnahmen sind keine Ausnahme mehr, sondern werden immer häufiger notwendig, um das Netz vor dem Kollaps zu bewahren.

Die Volatilität erneuerbarer Energien ist ein globales Problem. In den USA, Australien und Europa kommt es immer wieder zu sogenannten „Dunkelflauten“, in denen weder Wind noch Sonne ausreichend Energie liefern. Speicherlösungen werden zwar als Allheilmittel propagiert, doch die Realität sieht anders aus: Die installierten Kapazitäten reichen bei weitem nicht aus, um längere Schwankungen auszugleichen. In Australien mussten 2024 mehrere Großbatterieprojekte verschoben werden, weil die Kosten explodierten und die technische Integration ins Netz schwieriger war als erwartet.

Auch in Deutschland verschärft sich das Problem: An sonnigen Tagen sind viele Heimspeicher bereits mittags voll, sodass sie die Mittagsspitze der PV-Erzeugung nicht abfedern können. Die Folge sind lokale Überspannungen und Netzrückwirkungen, die das Gesamtsystem destabilisieren können. Experten wie der Energieökonom Lion Hirth warnen vor sogenannten Brownouts – regionalen Stromabschaltungen, die immer wahrscheinlicher werden.

Der Bau von Windkraftanlagen geht weltweit mit massiven Eingriffen in die Natur einher. In Deutschland werden Wälder gerodet, um Platz für neue Anlagen zu schaffen. Die Fundamente bestehen aus Tausenden Tonnen Beton, und die Zuwegungen zerstören sensible Ökosysteme. In Spanien und Portugal kam es 2024 zu heftigen Protesten, weil Windparks in Naturschutzgebieten errichtet werden sollten. Der Verlust von Lebensräumen für bedrohte Tierarten ist dabei kein Kollateralschaden, sondern eine direkte Folge der Energiepolitik.

Ein weiteres Problem ist die Entsorgung der Rotorblätter, die aus Verbundstoffen bestehen und bislang kaum recycelt werden

können. In den USA und Europa landen ausgediente Rotorblätter auf Deponien oder werden verbrannt – von echter Nachhaltigkeit kann keine Rede sein.

Die Akzeptanz für Windkraft sinkt nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern rapide. In den Niederlanden und Dänemark, einst Vorreiter der Windenergie, regt sich immer mehr Widerstand gegen neue Projekte. Die Gründe sind vielfältig: Lärmbelastung, Infraschall, Wertverlust von Immobilien und die Zerstörung von Landschaften führen zu wachsendem Unmut in der Bevölkerung. Die Politik reagiert oft mit Ignoranz oder versucht, Kritiker als egoistische „NIMBYs“ (Not in my backyard) zu diffamieren. Doch wenn die Energiewende gegen den Willen der Menschen durchgesetzt wird, droht sie ihre gesellschaftliche Legitimation zu verlieren.

Fazit: Zeit für eine ehrliche Bilanz

Der massive Ausbau der Windkraft bei gleichzeitigem Stromüberschuss ist kein Zeichen von Fortschritt, sondern Ausdruck einer kopflosen Energiepolitik, die Probleme verschärft, statt sie zu lösen. Was weltweit fehlt, ist eine intelligente Abstimmung von Erzeugung, Verbrauch und Speicher. Die Erfahrungen aus Deutschland, Frankreich, den USA und China zeigen, dass der blinde Ausbau erneuerbarer Energien ohne Rücksicht auf Infrastruktur, Netzstabilität und gesellschaftliche Akzeptanz zu massiven Problemen führt. Es ist höchste Zeit, die Energiewende neu zu denken – mit mehr Vernunft, Ehrlichkeit und Respekt vor Mensch und Natur.

Quellen:

Saurugg, 2024: Stromüberschuss – warum ungeregelte Solarerzeugung zum Problem wird

https://www.saurugg.net/2024/blog/stromversorgung/stromueberschuss-warum-ungeregelte-solarerzeugung-zum-problem-wird

Global Energy Monitor, 2025: Wind- und Solarjahr 2024 im

Rückblick

https://globalenergymonitor.org/de/report/wind-and-solar-year-in-review-2024

Klyma, 2024: Probleme bei der Energiewende

https://www.klyma.de/blog-posts/probleme-bei-der-energiewende-herausforderungen-und-losungsansatze-mit-klyma

DW, 2025: Solar, Windkraft und Batterien boomen: Reicht das?

https://www.dw.com/de/photovoltaik-windkraft-batterien-boomen-global-energie-wird-g%C3%BCnstig-reicht-das-f%C3%BCr-das-klima/a-71384451

Smartup-News, 2024: Die Herausforderungen der Windkraft

https://smartup-news.de/technologie/fortschritt-oder-flaute-was-die-windkraft-ausbremst/